

## Fragen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Zu Frage 1.

Der weitere Ausbau der Kinderbetreuung – insbesondere im Ganztagesbereich - ist für mich selbstverständlich. Dabei darf es auch nicht nur um Quantität gehen, sondern auch um eine möglichst hohe Qualität in der Kinderbetreuung.

Ich bin der Meinung, dass die Verantwortung für den Ausbau und die Umsetzung der Kinderbetreuung in der Verantwortung der einzelnen Länder und Kommunen liegen sollte. Nur so kann möglichst schnell und flexibel auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Eltern an ein Betreuungsangebot reagiert werden. Den Bund sehen ich in einer unterstützenden Rolle, der den Ländern bei der Ausübung dieser wichtigen Aufgabe finanziell zur Seite steht und notwendige Fördermittel bereitstellt.

Zu Frage 2.

Wir wollen ein familienfreundliches und flexibles Ganztagesangebot mit einer echten Wahlfreiheit für die Eltern. Dazu bedarf es eines Ganztageskonzepts, welches den jeweiligen Bedürfnissen vor Ort gerecht werden kann. Vor diesem Hintergrund ist für uns die Orientierung am Elternwunsch beim weiteren Ausbau der Ganztagesangebote maßgeblich. Eltern soll ein Angebote gemacht werden, das ihren jeweiligen Bedürfnissen entspricht und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert. Niemand darf gezwungen sein, sein Kind in eine Ganztagschule zu schicken, wenn er es selbst erziehen bzw. betreuen möchte. Wir wollen die ergänzenden Angebote wie Hort, verlässliche Grundschule und Ferienbetreuung mit dem Ganztagsangebot verzahnen. Dazu soll eine Vielzahl an standortindividuellen Lösungen realisiert werden können. Dazu wollen wir den Schulen gemeinsam mit dem Schulträger den notwendigen Freiraum für kreative und standortspezifische Lösungen geben.

Das Angebot der Ganztagschule darf dabei nicht nur auf die Grundschulen beschränkt sein. Ein Ausbau des Ganztagsangebots ist bis zur Mittelstufe der weiterführenden Schulen vorzunehmen. Dabei muss die Finanzierung grundsätzlich aus Landesmitteln erfolgen.

Zu Frage 3.

Wir wollen Inklusion – aber richtig. Daher sehen wir mit großer Sorge, dass die Inklusion völlig unzureichend vorbereitet in das Schulgesetz aufgenommen wurde. Lehrerinnen und Lehrer sind verunsichert. Inklusion kann aber nur gelingen, wenn sie von gut vorbereiteten Lehrkräften praktiziert wird.

Ich nehme mit großer Sorge die derzeitige Praxis der Verortung der Sonderpädagogen an den allgemeinen Schulen wahr. Das bedeutet konkret, dass qualifizierte Sonderpädagogen von den SBBZ wegversetzt werden. Wir treten dieser Entwicklung entschieden entgegen, da so die Qualität der SBBZ nachhaltig beschädigt würde. Die SBBZ müssen in ihrer hohen Qualität erhalten bleiben, nur dann können sie der Inklusion wertvolle Impulse geben.

Zu Frage 4.

Der Ende Januar 2016 vom Kultusministerium veröffentlichte Kurzbericht zur Begleitstudie der Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg kommt zum Ergebnis, dass die Gemeinschaftsschulen weder besser noch schlechter als andere Schularten seien. Aber die Begleitstudie geht weiter – sie macht deutlich, dass schwache Schüler im selbst-gesteuerten Unterricht – dem Herzstück der Gemeinschaftsschule – untergehen, Lehrerinnen und Lehrer trotz bevorzugter Ausstattung überlastet sind. Daher stellt sich uns die Frage, warum

die Gemeinschaftsschulen mit mehr Lehrkräften als alle anderen Schularten bevorzugt ausgestattet werden sollen. Wir als CDU stehen für einen fairen Wettbewerb zwischen den Schularten und für eine gerechte Ressourcenausstattung.

Wir geben den 299 Gemeinschaftsschulen eine Bestandsgarantie, wollen den Gemeinschaftsschulen aber ein Angebot zur Weiterentwicklung machen.

*Zu Frage 5.*

Wir lehnen entschieden die Benachteiligung der Realschule, des Gymnasiums sowie der weiteren differenzierten Schularten gegenüber der Gemeinschaftsschule ab. In den meisten weiterführenden Schulen ist die Klassengröße nahe dem Klassenteiler, während an den Gemeinschaftsschulen kleinste Klassen bestehen. Wir wollen eine gerechte Balance in der Zuweisung von Lehrstellen und Sachmittelzuschüssen herzustellen.

*Zu Frage 6.*

Ich kann mir eine Ausweitung auf Berufsschulen gut vorstellen.

*Zu Frage 7.*

Mit dem noch von der CDU-geführten Landesregierung 2010/2011 eingeleiteten Ausbau der Beruflichen Gymnasien um 150 Klassen, wurden die Kapazitäten deutlich erhöht. Seit-her gibt es in der Praxis kaum mehr den Fall, dass eine Bewerberin bzw. ein Bewerber keinen Schulplatz erhält.

*Zu Frage 8.*

Wir stehen dafür, dass die Altersermäßigung neben Arbeitsschutz sowie Fort- und Weiterbildung, als wichtige Maßnahmen der Gesundheitsprävention weiterhin bestehen bleiben. Nur so kann den vielfältigen und zugleich anwachsenden Belastungen für die älteren Lehrkräfte wirksam entgegengewirkt und die hohe Qualität unserer Schulen erhalten werden.

Von der rot-grünen Landesregierung wurden erst vor kurzem die Schulbaurichtlinien überarbeitet und veröffentlicht. Es ist zu prüfen, ob es bereits nach so kurzer Zeit der Nachbesserung bedarf.

*Zu Frage 9.*

Das über ein Jahr geheim gehaltene Konzept „Gymnasium 2020“ enthält zweifellos einige gute Ansätze; in seiner Gesamtheit gefährdet es jedoch die Qualität des Gymnasiums. Auch eine bloße Diskussion ob „G8 oder G9“ ist überholt – es steht die qualitative Weiterentwicklung des Gymnasiums im Mittelpunkt. Für uns als CDU gilt ganz grundsätzlich dass letztlich nicht die Struktur entscheidend ist, sondern die Qualität des Unterrichts. Wir wollen auch künftig ein leistungsstarkes „Gymnasium pur“ und kein „Gymnasium light“! Zu einer hochwertigen gymnasialen Ausbildung gehört auch ein Fremdsprachenunterricht von höchster Qualität. Dass die zweite Fremdsprache nur noch auf B-Niveau von der sechsten bis zur neunten Klasse unterrichtet werden soll, lehnen wir ab. In nur 4 Jahren kann kein gymnasiales Niveau in einer Fremdsprache erreicht werden. Darüber hinaus wird von Grün-Rot mit der im Bildungsplan gemachten Vorgabe, dass ein Beginn der zweiten Fremdsprache erst in Klasse 6 erfolgt, die Vielfalt des Fremdsprachenangebotes eingeschränkt und eine wichtige Entscheidungsfreiheit der Schulen vor Ort abgeschafft. Auch wollen wir, dass Latein und Griechisch weiterhin als zweite Fremdsprache benannt werden können. Latein und Griechisch sind sogenannte „klassische Bildungsfächer“, ihr Erlernen gehört zum grundlegenden Bildungsgehalt des Gymnasiums. Eine Absenkung des Leis-

tungsniveaus an den Gymnasien – wie sie durch das Konzept „Gymnasium 2020“ droht, ist für uns keine echte Perspektive.

Zu Frage 10.

Wir wollen ein Qualifizierungskonzept für Lehrkräfte an den von der Schließung bedrohten Haupt-/Werkrealschulen, die auch einen möglichen Aufstieg beinhalten müssen. Unsere Forderung lief bislang ins Leere; nach der Landtagswahl wollen wir dies unverzüglich angehen.

Zu Frage 11.

Wir halten die Absenkung der Eingangsbesoldung geradezu für schädlich für die Gewinnung leistungsstarker Nachwuchslehrkräfte. Sie erschwert die dringend notwendige Gewinnung engagierter Lehrerinnen und Lehrer für unsere Schulen im Land. Wir wollen nach der Landtagswahl sehr rasch die notwendige Korrektur vornehmen.

Zu Frage 12.

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich in den vergangenen Jahren wiederholt entschieden für eine zeitgleiche Übertragung der Tarifabschlüsse für alle Lehrkräfte und Versorgungsempfänger ausgesprochen. Angesichts von sprudelnden Steuerquellen gab es überhaupt keinen Grund, die Landesbeamten von der aktuellen Einkommensentwicklung abzuhängen

Zu Frage 13.

Die Vermittlung der deutschen Sprache – aber auch der christlich-abendländischen Werte sowie die Alltagskompetenz – sind wichtige Voraussetzung für eine gelingende Integration. Lehrerinnen und Lehrer arbeiten mit hohem Engagement; sie dürfen aber mit dieser großen Aufgabe nicht alleine gelassen werden, da dieses sonst rasch verloren gehen kann. Die Schule muss bei dieser wichtigen Aufgabe Unterstützung erhalten. Wir wollen deshalb ein Unterstützungsnetz für die Lehrkräfte, das u.a. Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter, Dolmetscher, Traumatherapeuten umfasst.

Daneben leisten eine große Anzahl an Sprachlehrerinnen und -lehrer im Bereich der Weiterbildung einen ebenso wichtigen Beitrag für eine gelingende Integration.